



Wien, 14. Juni 2018

Presseaussendung

Klimastrategie: Österreich setzt wieder auf Biomasse

Frankreich und Schweiz führten erfolgreich CO₂-Abgabe ein

„Mit der Klima- und Energiestrategie #mission2030 ist in Österreich ein erster wichtiger Schritt in Richtung Energiewende gelungen.“ Mit diesen Worten eröffnet Franz Titschenbacher, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes, vor rund 200 BesucherInnen die Veranstaltung „Energiestrategie und Bioenergie“ in Wien und erklärt weiter: „Wir freuen uns, dass die Bedeutung der Bioenergie in der Klima- und Energiestrategie von der Bundesregierung anerkannt wurde. Diese muss auch auf die europäische Ebene weitertragen werden, denn erst die forcierte Bioenergie-Nutzung ermöglicht das Erreichen der Ziele im Zieldreieck Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Leistbarkeit.“

Dringende Lösung für Holzverstromung erwartet

„Die Energiestrategie sieht unter anderem eine Reduktion der THG-Emissionen bei Ölheizungen um 2 Millionen Tonnen vor. Dazu müssen bis 2030 etwa 400.000 Anlagen durch erneuerbare Energiesysteme ersetzt werden. Biomasseheizungen, Nahwärmanlagen oder KWK-Anlagen bieten sich hier als sehr effektive und kostengünstige Alternative an. Da Biomasseheizungen kaum Strom benötigen, können teure Investitionen in die Strom-Infrastruktur für Speicher, Übertragungsnetze und fossile Reservekapazitäten reduziert werden“, sagt Titschenbacher. „Ausreichend Potenzial ist vorhanden. Die kürzlich präsentierte TU-Wien-Studie ‚Wärmezukunft 2050‘ kommt zum Ergebnis, dass künftig mehr als die Hälfte der Gebäude mit Biomasse beheizt werden könnten, ohne dafür mehr Ressourcen zu benötigen.“ Eine Lösung für die Stromerzeugung aus Biomasse wird dringend erwartet. Aufgrund mangelnder gesetzlicher Regelungen steht ein großer Teil der Anlagen bereits 2018 und 2019 vor dem Aus. „Wenn diese voll funktionsfähigen Anlagen schließen müssten, wäre dies ein katastrophaler Fehlstart für die Klima- und Energiestrategie“, schließt Titschenbacher.

Macron als neuer Hoffnungsträger für EU-Klimapolitik

Deutschland und Frankreich haben maßgeblichen Einfluss auf die EU-Politik und sind für 36 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU (ohne Großbritannien) verantwortlich. In Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron bereits deutliche Signale für eine Energiewende gesetzt. „Frankreich ist mit 58 Kernkraftwerken noch stark von der Atomkraft abhängig“, informiert Eric Vial, Präsident des Europäischen Pelletsverbandes. „Holzenergie ist aber mit einem Anteil von 40 Prozent der

bedeutendste erneuerbare Energieträger.“ Präsident Macron hat die Marktentwicklung für erneuerbare Energieträger durch Förderungen und Steuererleichterungen beschleunigt. Auf einkommensschwache Haushalte wird besondere Rücksicht genommen. Sie bekommen jährlich einen Energiebonus von 50 bis 225 €. Die von Energiearmut betroffenen Haushalte (etwa 3 Millionen der 28 Millionen französischen Haushalte) erhalten beim Ersatz von Öl- durch Biomassekessel zusätzlich sogenannte Energiesparzertifikate in Höhe von 2.000 bis 3.000 €. Darüber hinaus werden allen Haushalten bei Investitionen in erneuerbare Heizsysteme Steuererleichterungen in Höhe von 30 Prozent gewährt. „Einkommensschwache Haushalte können sich damit leicht eine Biomasseheizung zu einem Drittel oder weniger des Preises kaufen“, fasst Vial zusammen.

CO₂-Abgabe erzielt in Frankreich größte Wirkung

„Der größte Anreiz für die KonsumentInnen, auf erneuerbare Energien umzusteigen, ist die CO₂-Abgabe“, erklärt Vial. „Neben der Reduktion der Treibhausgasemissionen hat die Steuer positive Effekte für die Wirtschaft und den Staatshaushalt. Aufgrund des niedrigen Ölpreises war die CO₂-Abgabe für Endverbraucher in den letzten Jahren kaum spürbar. Dies hat sich 2018 mit einem Preis von 45 € pro Tonne CO₂ geändert.“ Bis 2022 steigt die CO₂-Abgabe auf 86 € pro Tonne, 2023 soll sie 100 € betragen. „Bei gleichbleibenden Rohstoffpreisen werden Pellets 2022 einen Preisvorteil von 62 Prozent gegenüber Heizöl bzw. 44 Prozent bei Erdgas haben“, analysiert Vial. Die zweckgebundene CO₂-Abgabe kommt zu drei Vierteln den Arbeitgebern zugute, die einen Steuervorteil für Wettbewerb und Beschäftigung erhalten. Ein Viertel der Steuer geht an einkommensschwache Haushalte zurück. „Wichtig ist die Kommunikation der Verwendung und des Nutzens der Steuer, damit sie nicht nur als Belastung gesehen wird“, erklärt Vial. Die genaue Bezeichnung lautet daher auch Klima- und Energiebeitrag.

Schweizer CO₂-Abgabe könnte auf 180 €/Tonne erhöht werden

Besonders interessant ist ein Blick auf die Schweiz, wo mit Jahresbeginn ein neues Energiegesetz mit konkreten Vorgaben zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Senkung des Energieverbrauchs in Kraft getreten ist. „In Österreich und der Schweiz ist die Durchschnittstemperatur mit plus 2°Celsius bereits um das doppelte gestiegen als im weltweiten Durchschnitt“, sagt Konrad Imbach, Präsident der Holzenergie Schweiz. In der Schweiz dominieren Heizöl und Erdgas mit etwa 70 Prozent noch immer den Wärmemarkt. „Die Holzenergie deckt derzeit 11 Prozent ab, dieser Anteil könnte jedoch auf 25 Prozent ausgebaut werden“, betont Imbach. Auch in der Schweiz ist die CO₂-Abgabe auf alle fossilen Brennstoffe ein zentrales Instrument zur Erreichung der gesetzlichen Klimaschutzziele. „Die Abgabe verteuert Heizöl oder Erdgas und setzt so Anreize zum sparsamen Verbrauch sowie zum vermehrten Einsatz CO₂-neutraler Energieträger“, berichtet Imbach. Seit heuer beträgt die CO₂-Abgabe 96 CHF (83 €) pro Tonne CO₂. Jährlich werden zwei Drittel der Erträge aus der CO₂-Abgabe über die Sozialversicherer an die Bevölkerung (in Form eines Pro-Kopf-Beitrages) und die Wirtschaft zurückverteilt. Dies begünstigt einkommensschwache Haushalte und große Familien. Haushalte, die wenig fossile Energie verbrauchen, erhalten mehr zurück als sie bezahlen. Ein Drittel fließt in das Gebäudeprogramm zur Förderung energetischer Sanierung oder erneuerbarer Energien (bis max. 450 Mio. CHF). „Auch die Förderprogramme für Holzenergie werden aus der CO₂-Abgabe finanziert“, sagt Imbach. Um diesem Instrument noch mehr Biss zu verleihen, will die Schweiz den maximalen Abgabesatz von derzeit 120 CHF (104 €) auf 210 CHF (182 €) erhöhen. Zum Einsatz kommt der Maximalsatz nur,

wenn die Treibhausgasemissionen nicht genügend zurückgehen. Energieintensive Unternehmen sind von der Abgabe befreit, müssen sich aber im Gegenzug zu einer Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichten.

Deutschland stark auf Stromwende fokussiert

„Deutschland wird sein Treibhausgasziel für 2020 verfehlen“, erklärt Thomas Siegmund, stv. Geschäftsführer des deutschen Bundesverbandes Bioenergie. „Die Energiewende in Deutschland ist eine reine Stromwende, dabei fällt die Hälfte des Energieverbrauchs auf den Wärmemarkt. Hier herrscht Stillstand, wobei es einfach wäre, mehr biogene Wärme in den Markt zu bringen. Vor allem Industrie und Gewerbe haben einen enormen Bedarf an Raumwärme und Prozessenergie. Insbesondere im Hochtemperatursegment stehen neben biogenen Energieträgern keine anderen Erneuerbaren zu wirtschaftlichen Konditionen zur Verfügung.“ Die deutsche Bundesregierung strebt einen Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien bis 2030 an. Deutschland möchte bis 2022 aus der Atomkraft aussteigen und lehnt EU-Förderungen für neue Atomkraftwerke ab. Ein weiteres Ziel ist die Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050. Zudem will die Regierung einen Plan zur schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung, die über 40 Prozent des Strommarktes ausmacht, erarbeiten. „Der Klimaschutz drängt, wir brauchen heute Lösungen um das 2°Celsius-Ziel einhalten zu können, nicht morgen oder übermorgen. Kein anderer Energieträger als Bioenergie ist in der Lage, so schnell und nachhaltig einen enormen Beitrag zu leisten“, unterstreicht Siegmund.

Bilder von der Veranstaltung unter:
www.biomasseverband.at

Rückfragehinweis:

Antonio Fuljetic-Kristan,

Österreichischer Biomasse-Verband,

Tel: +43 (0)1 533 07 97 – 31,

Mobil: 0660 85 56 804;

E-Mail: fuljetic@biomasseverband.at